



Durchführungsverordnung zum Stromsteuergesetz und Spitzenausgleich-Effizienzsystemverordnung veröffentlicht

Seit 01.01.2013 gilt das Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes, das Anreize für die Ausschöpfung von Effizienzpotentialen in der deutschen Industrie schaffen soll. Die für die Beantragung des ab dem 01.01.2013 neu geregelten Spitzenausgleichs relevanten Verordnungen wurden nun veröffentlicht. Die Zweite Verordnung zur Änderung der Energiesteuer- und der Stromsteuer-Durchführungsverordnung vom 24.07.2013 (BGBl. I S. 2763) ist am 01.08.2013 in Kraft getreten und die Verordnung über Systeme zur Verbesserung der Energieeffizienz im Zusammenhang mit der Entlastung von der Energie- und der Stromsteuer in Sonderfällen (Spitzenausgleich-Effizienzsystemverordnung – SpaEfV) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 31.07.2013 (BGBl. I S. 2858) ist am 06.08.2013 in Kraft getreten. Beide Verordnungen stehen unter <http://www.wasserverbandstag.de/main/intern/siwa/news.php?navid=10> zur Verfügung. Das Gesetz und die Verordnungen beinhalten u.a. eine Nachfolgeregelung für den so genannten Spitzenausgleich, den die Verbände geltend machen können, soweit der Schwerpunkt der Tätigkeit im Bereich der Trinkwasserversorgung liegt. Die Gewährung einer Steuerbegünstigung setzt zukünftig eine Erhöhung der Energieeffizienz voraus.

Bundesregierung gegen EU-DurchleitungsVO

Die EU-Kommission hatte kürzlich einen Verordnungsentwurf zur Mitbenutzung von Trink- und Abwasserleitungen für Highspeed-Kommunikationsnetze veröffentlicht. Ziel des Verordnungsentwurfs ist es, durch Mitnutzung vorhandener Netze den Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Beitbandnetzen zu beschleunigen und die Kosten hierfür zu senken. Der Verordnungsentwurf berücksichtigt bisher allerdings keinerlei hygienischer oder sicherheitspolitischer Aspekte bei der Risikobewertung; auch Fragen des Arbeitsschutzes oder der Haftungsansprüche regelt der Verordnungsentwurf nicht. Nach der Trinkwasserkommission hat sich nun auch die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken (BT Drs. 17/14366) ablehnend gegen die Pläne der EU geäußert, da Bedenken hygienischer Art nicht ausgeräumt werden können. Dementsprechend wird sich die Bundesregierung in den EU-Gremien einbringen. Auch der Bundesrat hatte sich Anfang Mai bereits gegen die EU-Verordnung ausgesprochen. Aktuell hat sich der Sprecher der EU-Digitalkommissarin dahingehend geäußert, dass es nie ein Vorschlag der EU war, Wasserleitungen für die Verlegung von Datennetzen zu nutzen; die sei auch nicht Wille der EU, da es zu gefährlich sei. Diese Aussagen der EU sind allerdings ver-

wunderlich, da im Verordnungsentwurf auch explizit Wasser- und Abwasseranlagen als mögliche Aufnehmer für Kommunikationsnetze genannt sind.

Faltblatt des NLGA zu Bleirohren im Trinkwasser

Gemäß § 21 der TrinkWV muss der Wasserversorger die Verbraucher mindestens einmal jährlich in geeigneter Form über die Qualität des bereitgestellten Trinkwassers auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse informieren. Ab dem 01.12.2013 gehört hierzu auch, dass der Wasserversorger den Verbraucher informiert, wenn Leitungen aus dem Werkstoff Blei in der von ihnen betriebenen Anlage vorhanden sind, soweit dies bekannt ist. Dies hängt damit zusammen, dass gemäß Trinkwasserverordnung der Grenzwert für Blei zum 01.12.2013 gesenkt wird, was auch die zuständige Ministerin Rundt kürzlich in einer entsprechenden Pressekonferenz nochmals dargestellt. Zur Unterstützung des Informationsbedarfs der Bürger hat das Nds. Landesgesundheitsamt (NLGA) das Faltblatt „Bleirohre im Haus“ neu aufgelegt.

Unter http://www.nlga.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=33251&article_id=116723&psmand=20 steht das Faltblatt zur Verfügung. Gedruckte Exemplare können von den Wasserversorgern bei Bedarf direkt beim NLGA bestellt werden.

Fachserie 19 (Wasser/Abwasser) des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht

Als aktuelle Publikation aus dem Bereich der Umwelt - Wasserwirtschaft des Statistischen Bundesamtes informieren wurde nun die "Fachserie 19 Reihe 2.1.2 Öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserentsorgung – Öffentliche Abwasserbehandlung und –entsorgung“ für das Berichtsjahr 2010 veröffentlicht. Zu finden ist die Publikation unter:

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/UmweltstatistischeErhebungen/Wasserwirtschaft/AbwasserOeffentlich.html>

DBVW nimmt Stellung zum Entwurf der AbwVO

Der Deutsche Bund verbandlicher Wasserwirtschaft (DBVW), für den die Geschäftsführung beim WVT liegt, hat als Interessenvertretung der verbandlichen Wasserwirtschaft in Deutschland zum Entwurf zur Änderung der Abwasserverordnung Stellung genommen. Hierin weist der DBVW insbesondere darauf hin, dass sowohl zur neuen Passagen zur Ausnutzung von Energiepotenzialen auf Abwasseranlagen als auch zum Abschnitt zur Phosphorrückgewinnung eine Klarstellung fehlt, dass bei der Auswahl der Verfahren nicht nur die technischen Möglichkeiten, sondern auch der Aspekt der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit berücksichtigt werden muss. Des Weiteren weist der DBVW darauf hin, dass die Inhalte an das neu geforderte Abwasserkataster näher zu beschreiben sind. Zudem bittet der DBVW die parallel Änderung des Abwasserabgabengesetzes dazu zu nutzen, die in der AbwVO aufgeführten Analysemethoden im Einzelnen vollständig an den neuesten Stand anzupassen oder im AbwAG vergleichbare Mess- und Analyseverfahren nach dem Stand der Technik zuzulassen, um künftige Neu- und Fortentwicklungen auch im Sinne des Vollzuges der Abwasserabgabe zu ermöglichen. Die gesamte Stellungnahme steht unter http://www.wasserverbandstag.de/main/siwa_positionspapiere.php?navid=7 zur Verfügung.